

Wochenblatt

für Pulsnik, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:
Mittwochs und Sonnabends.
Abonnementspreis:
(einschließlich des jeder Sonnabend-Nummer
beiliegenden Sonntagablasses)
vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg.

Inserate
werden mit 10 Pfennigen für den
Raum einer gespalteten Corpus-
zeile berechnet u. sind bis spätestens
Dienstag und Freitag Vormittags
9 Uhr hier aufzugeben.

**Amtsblatt der Königlichen Gerichtsbehörden und der
städtischen Behörden zu Pulsnik und Königsbrück.**

Dreißigster Jahrgang.

Buchdruckerei von **Ernst Ludwig Förster** in Pulsnik.
Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von **Paul Weber** in Pulsnik.

Geschäftsstellen
für
Königsbrück:
bei Herrn Kaufm. M. Tschersich.
Dresden:
Annoncen-Bureau Gaaßenstein
& Vogler u. Invalidenbank.
Leipzig:
Rudolph Mosse.

Auswärtige Annoncen-Aufträge

von uns unbekanntem Firmen und Personen nehmen wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteingahlung auf. Anonyme Annoncen, oder solche, welche Beleidigungen enthalten, werden keinesfalls aufgenommen, mag der Betrag beiliegen oder nicht.

Expedition des Amtsblattes.

Mittwoch.

№ 80.

5. October 1881.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Erben der Hausbesitzerin **Christiane Caroline** verehel. gewesene **Förster geb. Raumann** in **Niedersteina** soll das zu deren Nachlass gehörige Hausgrundstück No. 58 des Brand-Catasters sub Fol. 76 des Grund- und Hypotheken-Buchs für Niedersteina

den **14. October 1881**

Vormittags 11 Uhr

freiwillig an hiesiger Gerichtsstelle versteigert werden.

Kauflustige werden geladen, gedachten Tags und zu gedachter Stunde an Amtsstelle hier sich einzufinden, über ihre Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen und hierauf der Versteigerung des Nachlassgrundstücks sich zu gewärtigen.

Die Versteigerungsbedingungen, Beschreibung des Grundstücks und die darauf haftenden Abgaben sind aus der Beifuge zu den an Amtsstelle und in der Schänke zu **Niedersteina** aushängenden Anschlägen zu ersehen.

Pulsnik, am 17. September 1881.

Das **Königliche Amtsgericht.**
Dr. Krenkel.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte soll

den **28. October 1881**

das dem **Clemens Josef Hennig**, vormalig Bürgermeister in Naunhof zugehörige Grundstück, Nr. 15 des Katasters und Nr. 7 des Grund- und Hypothekenbuchs für **Rohna**, welches Grundstück am 28. Juli 1881 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

9385 Mark

gewürdigt worden ist, notwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Königsbrück, den 29. Juli 1881.

Königliches Amtsgericht daselbst.

i. v.:

Carl Sommerlatte, Adv.

Bekanntmachung,

das **Standesamt Cosel** betr.

An Stelle des mit Tode abgegangenen bisherigen Stellvertreters des dasigen Standesbeamten **Johann Gottlob Müller** ist

Herr **Gemeindevorsteher Johann Gottlieb Sägold** in **Cosel**

von der Königlichen Kreishauptmannschaft **Bauzen** in Gemäßheit von § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes u. s. w. vom 6. Februar 1875 bestellt, bei der unterzeichneten Amtshauptmannschaft in Pflicht genommen und in sein Amt eingewiesen worden.

Ramenz, den 26. September 1881.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. B.: Comm.-Rath Bachmann, Bez.-Ass.

Montag, den 10. Oct. 1881, Viehmarkt in Bischofswerda.

Der Plan eines deutschen Volkswirtschaftsrathes.

Unlängbar ist in den letzten Jahren eine allgemeine Veruhigung in der politischen Lage eingetreten und die Zuversicht auf die Dauer des europäischen Concertes hat durch die Kaiser-Zusammenkunft in Danzig eine entschiedene Stärkung erfahren. Es ist daher erklärlich, daß unser leitender Staatsmann sich in hervorragender Weise mit unsern inneren Angelegenheiten beschäftigt und daß ihm der weitere Ausbau seiner großartigsten Schöpfung, des deutschen Reiches, jetzt, wo der europäische Friede nach menschlicher Voraussicht auf Jahre hinaus gesichert erscheint, besonders am Herzen liegt. Die Hauptbestrebungen des Reichskanzlers sind darum in erster Linie auf eine wirtschaftliche und finanzielle Stärkung des deutschen Reiches gerichtet, da es eine Thatfache ist, daß Deutschland gegenüber anderen Großstaaten, namentlich von Nord-Amerika anbelangt, in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung bedeutend zurückgeblieben ist. Eine Stärkung Deutschlands nach dieser Richtung gehört aber mit zu den Grundbedingungen für die Erhaltung des Reiches und dies Ziel sucht Fürst Bismarck auf allen Wegen zu erreichen; hierbei vertritt Fürst Bismarck die Ansicht, daß die Parlamente, vor Allem der deutsche Reichstag und der preussische Landtag, da sie mehr vom politischen Standpunkt und Gesichtspunkt aus constituirt sind, nicht immer geeignet erscheinen, in Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Natur, eine sachliche Entscheidung zu treffen. Aus diesem Grunde hat Fürst

Bismarck im vorigen Jahre auch den preussischen Volkswirtschaftsrath ins Leben gerufen, da es ihm als ein Bedürfnis erschien, in Preußen neben dem Landtage ein Institut zu schaffen, welchem eben die sachliche Beurtheilung von finanziellen und wirtschaftlichen Gesetzentwürfen obzuliegen hätte. Der preussische Volkswirtschaftsrath ist aber von vorherin nur als eine vorübergehende Einrichtung angeeignet worden, welche jetzt in einen deutschen Volkswirtschaftsrath umgewandelt werden soll, da die wichtigen finanziellen, wirtschaftlichen und socialpolitischen Reformen doch von Reichswegen zu Ende geführt werden müssen. — Bekanntlich war in der vorigen Reichstags-Session der für die Einrichtung eines deutschen Volkswirtschaftsrathes geforderte Posten abgelehnt worden, aber schon damals hieß es, daß trotz dieses ablehnenden Votums die Reichsregierung nicht gewillt sei, auf die Einführung des genannten Instituts für das ganze Reich zu verzichten; die betreffende Position wird daher bereits in den nächstjährigen Haushaltsetat wieder aufgenommen werden (und in Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es diesmal mit Hilfe der Centrumpartei gelingen werde, die Position durchzubringen. Von einer nochmaligen Einberufung des preussischen Volkswirtschaftsrathes ist deshalb auch nicht die Rede; geplant ist dagegen der erstmalige Zusammentritt des deutschen Volkswirtschaftsrathes vor der Frühjahrs-Session des Reichstages und zwar höchst wahrscheinlich, um ein Gutachten über den umgearbeiteten Entwurf des Arbeiter-Unfall-Versicherungsgesetzes abzugeben. Jedenfalls wäre die endliche Errichtung eines deutschen Volkswirtschaftsrathes mit Freuden zu begrüßen und wir können uns mit dem ablehnenden Reichstags-Votum nicht befreunden; vor Allem

müssen wir der Behauptung entgegenreten, daß die geplante Institution eine Herabsetzung der parlamentarischen Rechte, eine förmliche Bevormundung des Reichstages sei, nein, der deutschen Volkswirtschaft soll lediglich aus dem oben angedeuteten Gesichtspunkte errichtet werden: In ihm eine Institution zu schaffen, die über dem Standpunkte der politischen Parteien und ihren Forderungen steht und daher so recht geeignet ist, in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen ein unbefangenes Urtheil zu fällen. Wir haben aus den Verhandlungen des vorigen Reichstages genugsam erfahren, wie gerade Fragen der erwähnten Art zu Parteizwecken ausgebeutet und nur vom Parteistandpunkte aus beurtheilt wurden und um dies künftig zu vermeiden, will Fürst Bismarck der deutschen Volkswirtschaft durchsetzen, von dem man mit Zug und Recht annehmen kann, daß er sich bei Prüfung der ihm zu unterbreitenden Vorlagen finanzieller und wirtschaftlicher Natur nicht von Parteileidenschaften, sondern von rein sachlichen Gründen leiten lassen werde und es steht deshalb zu erwarten und zu hoffen, daß der Reichsregierung zu dem gedachten Zwecke nicht nur Männer aus den Reihen der Conservativen und Clericalen, sondern auch aus denen der Liberalen ihre Hilfe leisten werden.

Zeitereignisse.

Pulsnik. Noch bis nächsten Freitag, den 7. d. M., liegt die für die diesjährige Reichstagswahl hier aufgestellte Wählerliste auf der Rathsexpedition zu Jedermanns Einsicht aus. Wer wahlberechtigt ist und von seinem Wahlrechte Gebrauch zu machen beab-